

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

18.2.1928 (No. 42)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. m. e. n. b. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M., einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Das deutsch-französische Handelsabkommen

Der Bericht des Abg. Falsch über die verschiedenen Zollvorlagen wurde am Freitag in der französischen Kammer verlesen. In dem Abschnitt über das deutsch-französische Handelsabkommen wird der Geist, der dieses Abkommen befeuert und der gemeinsame Wunsch hervorgehoben, auf der Grundlage des internationalen Rechts und gleichzeitig auf dem Grundsatze einer vollkommenen und gerechten Gegenseitigkeit die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder herzustellen.

Das Ergebnis, dem das Handelsabkommen mit Deutschland zustrebt, ist die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern, die ebenso notwendig ist für die französische innere Wirtschaft wie für die französische Expansion. Die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs kann sich nicht innerhalb eines geschlossenen Kreises vollziehen; sie muß heute den ausländischen Wettbewerb auf dem inneren Markt ertragen, wenn sie den Wettbewerb auf den ausländischen Märkten durchhalten will.

Das deutsch-französische Handelsabkommen zeigt der französischen Produktion ihre Pflicht an. Die französische Produktion muß sich aber auch der Ausfuhr zuwenden. Die Wiederherstellung der Währung geht um diesen Preis. Das sind die Gründe, aus denen der Zollauschuß vorschlägt, das deutsch-französische Handelsabkommen vom 17. August zu billigen.

W.B. Paris, 18. Febr. (Tel.) Auf Grund der gestrigen Nachricht der „Journée Industrielle“, wonach auf eine Vertagung der parlamentarischen Erledigung der Zollnovelle hingearbeitet werde, stellt der Zollauschuß der Kammer fest, daß der Minister der Kammer keineswegs die Besprechung der Zollnovelle vertagt habe, sondern daß die Kammer im Gegenteil in ihrer Sitzung vom 16. Februar beschlossen habe, die Ratifizierung der Handelsverträge und die Erörterung der Zollnovelle demnächst auf die Tagesordnung zu setzen.

Wechsel in der englischen Botschaft in Paris In einem Leitartikel schreibt der Londoner „Times“: Angesichts der Bedeutung von Paris bei der augenblicklichen Richtung der internationalen Angelegenheiten kommt der Nachricht, daß Sir William Tyrrell Lord Crewe als Botschafter in Paris nachfolgen wird, besonderes Interesse zu.

„Times“ zufolge verläutet, daß der jetzige Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, Sir William Tyrrell als permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office nachfolgen wird.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen

Die Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und Rußland, die am 11. Februar im Auswärtigen Amt zu Berlin begonnen haben, sind im Laufe der letzten Tage weitergeführt worden. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Wallroth, hat zunächst in längerer grundsätzlicher Ausführungen die deutsche Auffassung dargelegt. Auf diese Ausführungen hat der Vorsitzende der Delegation der Union der Sowjetrepubliken, das Mitglied des Kollegiums des Handelskommisariats, Scheller, geantwortet. Darauf sind die beiden Delegationen in eine erste allgemeine Durchsprache des von beiden Seiten vorgeschlagenen Verhandlungsmaterials eingetreten. Es sind bisher eine Kommission für die Fragen des Geschäftsverkehrs zwischen Wirtschaftsorganen der Union und der deutschen Wirtschaft, eine zweite Kommission für die statistische Unterlegung des deutsch-sowjetrussischen Handelsverkehrs und eine dritte Kommission für rechtliche Fragen gebildet worden. Auf diese Kommissionen und auf im Bedarfsfälle noch neu zu bildende Kommissionen wird nach Abschluß der allgemeinen Debatte das gesamte Verhandlungsmaterial verteilt werden. Die Arbeit der Kommission beginnt am Montag, den 20. Februar.

Die Reichseinnahmen im Januar. Nach dem Ausweis über die Steuereinnahmen des Reiches im Januar 1928 hat dieser Monat mit 1008,1 (Januar 1927: 763,55) Millionen Reichsmark ein Rekordergebnis erbracht. Auf die direkten Besitz- und Verkehrssteuern entfallen davon 726,7 (526,39) Millionen Reichsmark.

Die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz. Die deutsche Delegation für die in der nächsten Woche in Genf beginnende Sicherheitskonferenz begibt sich laut „N. L.“ nach Genf. Der Delegation gehören an: Staatssekretär a. D. Simson, Geheimrat von Weisjäger und Gesandtschaftsrat Frobenius.

Der neue hessische Staatspräsident, Bürgermeister Aebeling, ist nicht völlig aus der Mainzer Stadtverwaltung ausgeschieden, sondern hat sich nur auf ein Jahr beurlauben lassen, so daß im Falle einer veränderten politischen Konstellation ihm jederzeit die Möglichkeit offen bleibt, auf den Mainzer Bürgermeisterposten zurückzukehren.

Letzte Nachrichten

Noch immer keine Klärung

M. Berlin, 18. Febr. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen zwischen den Parteien haben auch heute vormittag nicht zu einem Ziel geführt. Man kann sogar sagen, sie haben keinen Schritt weiter gefördert worden. Die Opposition erklärt, sie müsse alle Versuche der Regierungsparteien ablehnen, ihr die Verantwortung zuzuschreiben. Im übrigen erklärt sie sich bereit, das Arbeitsprogramm mit durchzuführen, aber erst, wenn sie es kennengelernt habe, vorher könne sie keine Bindungen eingehen. Sie müsse also abwarten, bis die bisherige Koalition sich geeinigt habe. Das wurde sowohl von dem Demokraten Koch-Weber wie von dem Sozialdemokraten Wels dem Bizekanzler Dr. G. Herzt gegenüber erklärt. Da inzwischen nichts Greifbares geschehen ist, so sah sich der Reichstag genötigt, seine Sitzung sofort nach Beginn um 1 Uhr zunächst auf 4 Uhr zu verlagern. Auf die Tagesordnung, die die gleiche bleibt, wurden auch die Übergangsbestimmungen für die Strafrechtsreform, die eben eingelaufen sind, auf Antrag des Abgeordneten Kahl gesetzt.

Um 1½ Uhr trat das Reichskabinett noch einmal zusammen. Es wird um 3 Uhr sämtliche Parteiführer zusammenrufen, denen es dann den etwas veränderten Programmtexturwurf für die noch zu erledigenden Notarbeiten vorlegen will. Infolgedessen ist eine schon für den Mittag angekündigte Regierungserklärung verschoben worden. Ob sie noch erfolgt, läßt sich mit Sicherheit nicht sagen. Wie verlautet, war in ihr mitgeteilt worden, daß die Regierung versuchen werde, ohne Rücksicht auf die Parteien das Arbeitsprogramm von sich aus durchzuführen. Es wird dies auf ein neues Eingreifen des Reichspräsidenten zurückgeführt, der entweder schriftlich oder mündlich zu erkennen gegeben haben soll, er stimme unter keiner Bedingung einer sofortigen Reichstagsauflösung zu, ehe nicht wenigstens ein Versuch gemacht worden ist, die wichtigsten Aufgaben zu erledigen.

Sollte das zutreffen, so wird in politischen Kreisen davon gesprochen, daß die Vertagung des Reichstags noch heute, auf frühestens Donnerstag, vielleicht sogar auf Montag, den 27. Februar, erfolgen wird. Denn der Reichstag muß versuchen, möglichst lang zusammenzubleiben, da nach der Verfassung spätestens 60 Tage nach der Auflösung neu gewählt werden muß, man sonst aber den 22. April, den frühesten Termin, nicht erreichen kann. Der 25. März kommt für die Neuwahlen nicht mehr in Frage. Im Kabinettsrat des preussischen Landtags hat heute der Innenminister erklärt, daß er mindestens 42 Tage brauche, um die Listen aufzustellen und auszulegen. Man rechnet nun im allgemeinen damit, daß der 22. April der früheste Termin wird, hält es aber auch für möglich, mit den Wahlen in den Mai zu kommen.

Frankreich und das Verbot des Giftgaskrieges

W.B. Paris, 18. Febr. (Tel.) Wie die Agentur Havas meldet, hat das französische Außenministerium an die Botschaften und Gesandtschaften der Länder, die das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925, betr. das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges unterzeichnet oder angenommen haben, ein Rundschreiben gerichtet, aus dem sich ergibt, daß Frankreich und Venezuela dieses Protokoll ratifiziert haben, das damit für diese beiden Mächte in Kraft getreten ist. Da die Ratifizierung dieses Protokolls durch die übrigen 37 Mächte, die es angenommen haben, darunter die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Italien, Japan, Rußland und Deutschland, ausbleibt, glaubt die französische Regierung, in ihrer Ratifizierung festhalten zu müssen, erstens, daß das Genfer Protokoll Frankreich nur gegenüber den Staaten verpflichtet, die es selbst unterzeichnet haben, und zweitens, daß das Protokoll für Frankreich aufgehört, rechtsverbindlich zu sein gegen jeden feindlichen Staat, dessen bewaffnete Streitkräfte oder dessen Verbündete das Verbot nicht achten.

Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt.

Die französische Wehrvorlage. Der französische Senat verabschiedete am Freitag mit 269 gegen 25 Stimmen die Wehrvorlage. Kriegsminister Painlevé betonte, daß es jetzt sicher sei, daß nicht ein Fußbreit französisches Bodens im Falle der Befahr aufgegeben werden müßte, und daß die interessierte Bevölkerung jede Sicherheit in dieser Hinsicht hätte.

* Um das Arbeitsnotprogramm

Die Situation im Reichstag war auch heute bis in die Mittagsstunden noch immer nicht geklärt. Die Reichsregierung hatte sich gestern auf ein Arbeitsnotprogramm geeinigt, dessen Einzelheiten wir weiter unten wiedergeben. Und im wesentlichen hatten die Regierungsparteien diesem Notprogramm zugestimmt. Dabei bestand allerdings keine völlige Klarheit über die Haltung der Deutschnationalen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß die Deutschnationalen auch jetzt noch Forderungen anmelden werden, die über das Arbeitsnotprogramm der Reichsregierung hinausgehen.

Wichtig ist, daß auch auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge ganz bestimmte Maßnahmen in dem Notprogramm vorgesehen sind: die Invalidenrente soll vom 1. Juli 1928 ab um 40 Proz. erhöht werden. Was die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft anlangt, so sind sie so gedacht, daß sie vernünftigen Ansprüchen genügen können. Das Zentrum hat seine Zustimmung zur Bewilligung dieser Hilfsmassnahmen von der Einrichtung eines Sonderausschusses abhängig gemacht, der bei der Verteilung der Summen mitzuwirken habe, um auf diese Weise die notwendige Parität herzustellen und dafür zu sorgen, daß auch die kleineren Bauern in West- und Süddeutschland genügend berücksichtigt werden.

Die Reichsregierung hat von vornherein Wert darauf gelegt, bei der Erledigung des Notprogramms mit den Oppositionsparteien Hand in Hand zu gehen. Deshalb hat sich Bizekanzler Herzt — der Reichskanzler ist durch seine Erkrankung noch immer ans Bett gefesselt — gestern abend mit den Oppositionsparteien in Verbindung gesetzt. Hier haben sich nun aber neue Schwierigkeiten ergeben. Die Demokraten bestehen darauf, daß unter allen Umständen ihre Forderungen, die Erhöhung der Kleinrentnerversorgung betreffend, in das Notprogramm mit hineinbearbeitet werden. Eine Einigung ist noch nicht zu erzielen gewesen.

Deshalb sollten heute vormittag neue Verhandlungen mit den Oppositionsparteien, also in erster Linie mit den Demokraten stattfinden. Über die Besprechungen des heutigen Vormittags wird berichtet:

Fraktionsitzungen

W.B. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Die meisten Reichstagsfraktionen hielten am heutigen Samstag vormittag Sitzungen ab. Die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten kamen schon um 10 Uhr zusammen, die Deutschnationalen und die Wirtschaftliche Vereinigung um 11 Uhr, die Deutsche Volkspartei um 12 Uhr.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dauerte nur eine halbe Stunde und wurde dann auf 12 Uhr vertagt, um dem Fraktionsvorsitzenden inzwischener Zeit für die angeforderten Besprechungen mit der Regierung zu geben. Wie aus sozialdemokratischen Kreisen verlautet, sind in der Fraktion starke Einwendungen namentlich gegen das Agrarhilfsprogramm der Regierung zum Ausdruck gekommen, soweit es eine Beschränkung des Einfuhrkontingents für Geflügel und ähnliche Maßnahmen enthält, die nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion eine Schädigung der Konsuminteressen bedeuten. Es ist anzunehmen, daß der Fraktionsvorsitzende diese Einwendungen bei der Besprechung mit der Regierung zum Ausdruck bringen wird. Im übrigen dürften die Sozialdemokraten ebenso wie die Demokraten vor ihrer endgültigen Stellungnahme eine feste Formulierung der Vorlagen des Arbeitsprogramms und eine Bindung der bisherige Koalitionsparteien an dieses Programm verlangen. Falls diese Bindung der in der Regierung vertretenen Parteien nicht zustandekommt, glauben die Sozialdemokraten keine Veranlassung zu haben, dem Weiterbestand des Kabinetts Beihilfe zu leisten.

Die demokratische Reichstagsfraktion trat am Samstag vormittag zusammen, um zu den Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen. Die Fraktion faßte folgenden Beschluß: Die demokratische Reichstagsfraktion ist bereit, trotz des Zusammenbruchs der Regierungskoalition, ohne Veränderung der Zusammensetzung des Kabinetts an der Verabschiedung des Haushalts mitzuwirken, unter der Maßgabe, daß die Neuwahlen spätestens im Mai stattfinden. Die Fraktion ist auch damit einverstanden, daß vorher noch das sonstige sog. Arbeitsprogramm des jetzigen Kabinetts — Liquidationsmaßnahmen, Kleinrentnerfürsorge, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, Strafsystem — überleitet wird.

Der Preussische Landtag löst sich gleichfalls auf

W.B. Berlin, 18. Febr. (Tel.) Der Preussische Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung, sich hinsichtlich der Auflösung den Beschlüssen des Reichstages anzuschließen. Der 25. März als Wahltermin würde aus technischen Gründen nicht in Frage kommen. Als Termin käme nach Ansicht des Kabinettsratens frühestens der 22. April in Frage. Der Preussische Landtag wird sich heute bis zum 1. März vertagen. Inzwischen sollen die Ausschüsse die einzelnen Etats weiter vorbereiten. Auch das wirtschaftliche Eingemeindungs-gesetz im Ausschuß erledigt werden.

Bellino & Cie., G.m.b.H. Emailler, Stanz- und Metall-Werke Göppingen

SANAS-Koch-Back- & Brat-Geschirre sind die besten! Garantie für jedes Stück Schutzmarke SANAS eingebraunt Nur in SANAS noch Backe, brat und koch!

Verkauf durch Geschäfte der Haus- Küchengeräte und Eisenbranche

ALEMANNEN STRANDFEST FROHE STUNDEN AM NECKAR am 25. Februar, abends 8 Uhr in den hervorragend geschmückten Räumen der Festhalle

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. In Hochzeiten ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger offizielles Organ der badischen Regierung

Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung

Geschäftsstelle: Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

1000 Dtz. weiße, leinene Leintücher ohne Naht, garantiert Ia Ware, fehlerfrei, aus bestem edelstem Ia Leinengarn gewebt

Rittergüter und kleinere Güter mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir auftrag, sehr preiswert zu verkaufen.

TH. und O. HESSIG Telefon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40 G. 768 Gegründet 1878 Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau Asphaltierungen Neuzeitlicher Straßenbau

Pfälzische Hypothekbank. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 12. Dezember v. J. wurde beschlossen, das Aktienkapital unserer Gesellschaft von 5 105 000 RM um 4 900 000 RM auf 10 005 000 RM unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre durch Ausgabe von neuen ab 1. Januar 1928 gewinnanteilsberechtigten Stammaktien zu erhöhen.

Erstklassigen Straßenschotter Gleisschotter Betonschotter Betonsplitt Stücksteine • Grus • Sand liefert PORPHYRWERK DOSENHEIM

Städtische Sparkasse Gaggenau. Bilanz per 31. Dezember 1927. Vermögen: 1. Kassenbestand 24 260,94 2. Darlehen auf Hypotheken 523 374,51

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Bericht, Bekanntmachungen Nugholz-Verkauf.

Die Gemeinde Büchenbronn, Amt Bfrozheim, verkauft freihändig 720 fm Nadelrundholz (darunter 43 fm Forsten).

Freihändiger Nugholz-Verkauf.

Das Bad. Forstamt Offenburg, Freitag, 24. Februar: 770 fm Nadelstammholz, teilweise Mastenholz, 34 fm Forsten- u. Kärchen-Stämme

Freihandverkauf von Nadelstammholz

Das Bad. Forstamt Konstanz verkauft aus den Staatswaldungen freihändig etwa 650 fm Nadelstammholz aller Klassen in 5 Losen.

Hochbauarbeiten.

Für den Neubau einer Wohnhausgruppe für 21 Zollbeamte und eines Finanzamtsgebüdes in Rehl a. Rh. sollen die Zimmer-, Maler- und Dachdeckerarbeiten (Hauptschwanz doppelbach) nach der Reichsbedingungsordnung vergeben werden.

Verkauf nach auswärtig findet nicht statt.

Die Angebote sind verschlossen und postfrei mit der entsprechenden Aufschrift versehen spätestens am Dienstag, den 28. Februar 1928, vormittags 10 Uhr, auf dem Bezirksbauamt Offenburg einzureichen.

Verkauf nach auswärtig findet nicht statt.

Hochbauarbeiten. Die Zimmerarbeiten für den Umbau des Aufnahmegebüdes des Mannheimer sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925, sowie der Bedingungsordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben.



Badisches Landestheater Sonntag, 19. Februar 1928

Nachmittags 4. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Der Vogelhändler von Zeller

Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von Otto Krauß

- Kurfürstin Franz Adelaide Wurt Baron Weps Löfer Stanislaus Reutwig von Scharnagel Nagel Süffe Rainbach Würmchen Ritter Adam Witt Vrieschriestel Blank Schneck Behrauch Emmerenz Nebel Silian Fette Oster Duendel Lindemann Mauroner Meyer Eggbi Rivinius Wagner Kleinbud Gröbinger Zwilling Keller Kraus Weinleber Silian Piquere Gröbinger Anfang 15 Ende geg. 18 I. Rang und I. Sperrst 4 RM.

Abends Außer Miete

Fasnacht-Kabarett

— Bunte Bühne —

Künstlerische Leitung: Dr. Hans Waag

Musikalische Leitung: Josef Krips, Rudolf Schwarz

Tänze: Edith Vielesfeld

Bühnenbilder: Torsten Hedt

Kostüme: Margarete Schellenberg

Technische Einrichtung: Rudolf Walat

1. Gallelajah, 2. Mexico, 3. Der zum Bahnhof gerollte Käse, 4. Nelly Sifera, 5. Wuzi Wops, 6. Tango, 7. Überraschungen, 8. Die Besessenen in der Kommode, 9. Die gelbe Hose, 10. Die gelbe Hose, 11. Das Hotelbett oder: Silian od., 12. Das Musterquartett, 13. Charlestone, 14. Aufregende Sache mit gutem Ausgang, 15. Nappentwöckh.

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2 I. Rang und I. Sperrst 9 RM

Montag, 20. Februar 1928 Außer Miete

Fasnacht-Kabarett

— Bunte Bühne —

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2 I. Rang und I. Sperrst 8 RM

Die 21. Febr. nachmittags Max und Moritz. Hierauf: Die Puppenfee. Abends: Fasnacht-Kabarett. (Bunte Bühne)

COLOSSEUM Waldstraße 16 Telefon 5599 Täglich 8 Uhr Sonntags 4 u. 8 Uhr Die große REVUE Das lebende Magazin

Leser Bücher Wissen ist Macht!